

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/112

Bonn, den 19. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ein weiter Weg steht noch bevor</u>	95

Zur Parlamentsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation

3	<u>Stiefkind Berufsverkehr</u>	52
---	--------------------------------	----

Die Sorgen der Pendler

Von Ernst Haar, MdB, Stuttgart

4 - 5	<u>Bilanz eines Besuchs in Polen</u>	98
-------	--------------------------------------	----

Mit Klaus Schütz in Posen, Warschau, Auschwitz und Krakau

Von Rolf Heyen, Berlin

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Erfüllungspolitik wäre Selbstmord
Mitbestimmung in den Schicksalsfragen der Nation
In Übereinstimmung mit den Vertriebenen
Potsdam einseitig interpretiert
In den Partnerschaften gesamtdeutsch wirken
Bundestagskandidatur für Rehs unsicher
Ostdeutscher Literaturpreis hat sich bewährt

Ein weiter Weg steht noch bevor

Zur Parlamentsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation

sp - Zum zweitenmal hat es im Deutschen Bundestag einen Bericht über die Lage der gespaltenen deutschen Nation gegeben. An sich wäre ein solcher Bericht, wie in den USA üblich, zu Jahresbeginn fällig gewesen, doch es war schon ein guter Gedanke, ihn am 17. Juni zum Gedenken jenes Tages vor 16 Jahren zu erstatten, mit dem ein unauslöschliches Ereignis deutscher Nachkriegsgeschichte verbunden ist. Am 17. Juni 1953 kam es in der von der SED beherrschten DDR zum Aufstand deutscher Arbeiter gegen ein Regime, das sich fälschlich als "sozialistischer Bauern- und Arbeiterstaat" bezeichnet, sich jedoch nicht auf die Zustimmung seiner Bürger berufen kann. Sowjetrussische Panzer retteten die kommunistische SED vor dem Zusammenbruch und vor dem Zorn und der Wut von Arbeitern, die nichts anderes wollten, als mehr Freiheit und Mitbestimmung bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten. Der 17. Juni ist ein tragisches Datum. Er markiert eine Niederlage im Ringen um die Selbstbestimmung und um die Verwirklichung von sozialer Demokratie.

Ein Bericht zur Lage der Nation und eine Parlamentsdebatte darüber sprengen den parlamentarischen Rahmen. Da gibt es keine Verabschiedung von Gesetzen und Beschlußfassungen oder parlamentarische Siege der einen oder jener Partei oder Parteigruppierung. Ein Bericht über die besondere Lage der deutschen Nation, in der sie sich befindet, verträgt kein Pathos, nur Nüchternheit zählt und das kühle Abwägen der eben diese Lage bestimmender Faktoren. Diese Faktoren sind bekannt. Als Folge des von Hitler frevelhaft hereaufbeschworenen Zweiten Weltkrieges ist Deutschland in einen westlichen und östlichen Teil zerfallen. Beide Teile gehören einander entgegengesetzten Militärblöcken an, und in beiden Teilen sind verschiedene Gesellschaftsstrukturen entstanden. Die Mauer in Berlin, Minenfelder und Stacheldrahtverhaue an der Demarkationslinie kennzeichnen diesen grausamen und für die Erhaltung des Friedens so gefährlichen Tatbestand. Wie ihn zu überwinden? Dafür gibt es kein Patentrezept.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte sich unter großen Schwierigkeiten als ein demokratisches Gemeinwesen konstituieren. In ihm gibt es viele Freiheiten. Die Freiheit des Bürgers, zu wählen, was er selbst für richtig hält, die Freiheit der Sozialpartner, ihr nicht von Spannungen freies Verhältnis doch so zu gestalten, daß es nicht zu Explosionen führt, die Freiheit der parlamentarischen Volksvertretung eine ihr nicht mehr genehme Regierung abzuwählen, wie es im Herbst 1966 geschehen ist. Es gibt die Freiheit zur Kritik öffentlicher Mißstände und es gibt das Grundgesetz, das sich orientiert an der Untastbarkeit des Menschen und an der allen Demokraten auferlegten Pflicht, es nicht zu einer Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit kommen zu lassen. In seiner vielfältigen Bezogenheit und in seinem umfassenden Sinn bleibt das Grundgesetz ein ständiger Auftrag; in seiner Erfüllung erfolgt das Kräfteessen der demokratischen Parteien.

Es war das große Verdienst des Fraktionsvorsitzenden der SPD,

Helmut Schmidt, die gegensätzlichen Entwicklungen beider Teile Deutschlands eindrucksvoll nachzuzeichnen ohne dabei in den Fehler zu verfallen, das Verbindende zu verleugnen, das zwischen den gegen ihren Willen getrennten Teilen unserer Nation besteht. Die Menschen in Mitteldeutschland hatten und haben es schwerer als wir in der Bundesrepublik. Sie leben in einem Einparteienstaat, kennen nicht die Wohltat einer freien Wahlentscheidung. Sie stehen unter der Allmacht einer Staatsbürokratie, was sie aber dennoch nicht daran hinderte, auch auf wirtschaftlichem Gebiet wahrhaft Erstaunliches zu leisten. Die DDR zählt heute zu den zehn größten Industriestaaten der Welt, gewiß ein Beweis der Tüchtigkeit der Menschen, die in ihr leben. In Bezug auf die technische Ausbildung der Jugend und die Möglichkeiten, die sich ihr eröffnen, könnte die Bundesrepublik hier Nachahmenswertes finden.

Das Parlament hatte einen großen Tag. Es bekundete überzeugend den gemeinsamen Willen, den Weg zur Verständigung mit dem anderen Teil Deutschlands ohne Preisgabe unverletzlicher Prinzipien weiterzuverfolgen. Die Suche nach einem geregelten Nebeneinander wird nicht aufhören. Bundeskanzler Kiesinger hat sein Angebot zu Gesprächen mit der anderen Seite wiederholt. Die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1968 gilt; sie bleibt Richtschnur. Es gilt, die Lage der Menschen im geteilten Deutschland zu erleichtern und Gräben zuzuschütten, eben im Wissen darum, daß kein Teil dem anderen seinen Willen aufzwingen kann.

Außenminister Willy Brandt konnte seine Sorgen über eine mögliche Isolierung unseres ganzen Volkes im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine gesicherte europäische Friedensordnung vor dem Bundestag nicht verbergen. Die Bundesrepublik - und das ist ein großer Erfolg der Großen Koalition - kann man nicht mehr, wie es lange Jahre geschah, als Herd von Revanchisten, Kriegstreibern und allgemeinen Störenfried, verteufeln. Das klingt heute selbst in den Ohren vieler kommunistischer Staatsmänner ungläubwürdig, den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechend.

Das Nein zu allen Bestrebungen, das innerdeutsche Verhältnis zu entkrepfen, kommt heute aus Ostberlin. Es droht die Gefahr, daß sich an deutschen Querelen antideutsche Gefühle und Leidenschaften neu entzünden und Unheilvolles bewirken. Selbst unsere Freunde fragen sich, was das für ein Volk sein muß, das im wirtschaftlichen Bereich so tüchtig ist und sich gleichzeitig in Selbstzerfleischung übt. Diese Feststellung des deutschen Außenministers hat ihr Gewicht. Nationalismus, ob in kommunistischer oder rechtsradikaler Färbung, ist Gift für unser Volk. Es nicht wirksam werden zu lassen, ist Sache aller Demokraten.

Erfreuliche Bilanz dieser Debatte über die Lage der deutschen Nation: Zwischen den im Bundestag vertretenen deutschen Parteien gibt es ein Höchstmaß von Übereinstimmung über den einzuschlagenden Weg. Seine Stationen heißen innere Festigung der Bundesrepublik, Stärkung und Ausbau der Europäischen Gemeinschaften und das beharrliche Bemühen, auch zu den Völkern des Ostblocks und der Sowjetunion den Brückenschlag zu tun und einen Ausgleich gegenseitiger Interessen anzustreben.

Das ist ein mühsamer und weiter Weg, mit vielen Schwierigkeiten belastet, doch es gibt keinen anderen.

Stiefkind Berufsverkehr

Von Ernst Haar, MdB, Stuttgart

Die Auseinandersetzungen über die Ziele und Maßnahmen des verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung sind noch nicht beendet. Im kommenden Bundestagswahlkampf werden sie mit Sicherheit durch den Einfluß der Interessenten in der Verkehrswirtschaft mit unverminderter Intensität fortgesetzt.

Eine wesentliche Verkehrssteigerung bei der Deutschen Bundesbahn zeichnet sich als Folge des Leberplans wie durch unsere günstige Wirtschaftsentwicklung ab. Ebenso positiv ist die Leistung der Eisenbahnen und eine verbesserte Kundenwerbung der Bundesbahn zu beurteilen. "Rosa Zeiten" für die Pendler im täglichen Berufsverkehr sind noch nicht angebrochen.

Im Personenverkehr verteilen sich die Fahrleistungen der Bundesbahn zu 61 Prozent auf die Personenzüge, zu 20 Prozent auf Eilzüge, zu 16 Prozent auf P- und TEE-Züge. Bisher galt die Faustregel, keinen Nahverkehrszug länger als 20 Minuten mit einer Auslastung von 150 Prozent fahren zu lassen. Bescheidene Ansätze eines höheren Platzangebots in den ultra-heißen Spitzen des Berufsverkehrs sind da und dort erkennbar. Die Forderung zur Verbesserung der Situation der Pendler, die täglich zur Arbeit und von der Arbeit auf Schienen gebundene Beförderungsmittel angewiesen sind, wird meist mit der Gegenfrage beantwortet: Was machen wir mit dem Wagenpark in den verkehrsarmen Zeiten?

Auf die Dauer ist das keine Antwort. Jeder Verkehrsfachmann betont, daß der Bedarf an Verkehrsfläche und Verkehrskapazität schneller wächst als das Angebot. Die Schere öffnet sich immer weiter.

In unseren Städten können die Verkehrsflächen nicht so erweitert werden, daß der Berufsverkehr mit dem PKW zu bewältigen ist; deshalb hat der schienengebundene Nahverkehr Vorrang und Zukunft. Er ist flächeneffizient, leistungsfähiger und sicherer und erlaubt eine hohe Verdichtung. Unser Berufsverkehr gleicht aber während der Spitzenzeiten nicht einer "Verdichtung", sondern eher einer unausnutzbaren Enge, die militärähnlichen Charakter als Transportleistung hat.

Die Forderung des öffentlichen Nahverkehrs darf sich nicht nur auf die Planung und Finanzierung neuer Verkehrsanlagen konzentrieren. Ein kleiner, angemessener Teil der Milliardenbeträge an jährlichen Investitionen reicht bei regelmäßiger Zuweisung an die Träger des öffentlichen Nahverkehrs aus, um die schwierige wirtschaftliche Lage dieser Unternehmen zu verbessern und eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe zu lösen: Verbesserung des Platzangebots im Berufsverkehr. Schon bei der Aufteilung des Mehraufkommens aus der Mineralölsteuererhöhung könnte hier eine neue Weichenstellung erfolgen bis zu den Investitionsraten der Gemeinden und von Zuschüssen der Länder. Vielleicht führen die weiteren Kontaktgespräche zwischen dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn und dem Deutschen Bundestag zu konkreten Vorschlägen, die auch "Rosa Zeiten" für die Millionen Arbeitnehmer im Berufsverkehr erwarten lassen.

Solange es eine ungeschriebene "Dritte Klasse" und unzumutbare Beförderungsverhältnisse im Berufsverkehr gibt, wird der Trend zum Individualverkehr weiter zunehmen. Diese Probleme können aber nicht von den Verkehrsträgern gelöst werden, sondern setzen weitsichtige politische Entscheidungen voraus. Auf die Dauer kann sich die Mehrheit des Deutschen Bundestages der Forderung nach gemeinwirtschaftlicher Verkehrsbedienungs nicht verschließen.

Bilanz eines Besuchs in Polen

Mit Klaus Schütz in Posen, Warschau, Auschwitz und Krakau

Von Rolf Heyen, Berlin

Will man eine politische Bilanz der Polen-Reise des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Schütz, ziehen, muß man fragen, was der Besucher selbst erwartet hat. Trotz aller vorhergegangenen Spekulationen, kann man davon ausgehen, daß Schütz sich zu keinem Zeitpunkt Illusionen gemacht hat und auch nie welche wecken wollte. So banal dies klingen mag: Für ihn war es schon entscheidend wichtig, daß diese Reise überhaupt stattfinden konnte.

Schraubt man die Erwartungen auf ein Minimum zurück, so bleibt dennoch einiges, was als Erfolg verbucht werden kann. Die Polen sind an Gesprächen interessiert, sie schalten nicht mehr bewußt auf stur, sie sind konzilianter geworden und bereit, abgestandene Argumente und Vorurteile beiseite zu schieben.

Schütz ist kein Mann der Sentimentalitäten. Er hielt Ausschau nach Möglichkeiten der Kooperation, seien sie auch noch so gering. So kam seine nüchterne Sprache und sein unkompliziertes Auftreten den Polen entgegen. In der vereinigten polnischen Arbeiterpartei macht sich ein Differenzierungsprozeß bemerkbar, man sieht Möglichkeiten einer Änderung des deutsch-polnischen Verhältnisses, wenn auch, so klang es immer wieder durch, in einem langfristigen Prozeß. "Wirtschaft, Sport und Kultur sind am besten geeignet, das Klima zu verbessern und erste Schritte für eine politische Zusammenarbeit zu erleichtern", meinte ein polnischer Messefachmann, der sich als ständiger Begleiter immer in der Nähe des Regierenden aufhielt. So wurde denn Schütz vor allem mit wirtschaftlichen Fragen konfrontiert. Die Polen wissen, daß im deutsch-polnischen Warenverkehr noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, obwohl der Warenaustausch von 551 Millionen im Jahre 1963 auf 1,07 Milliarden im Jahre 1968 angestiegen ist.

Dies wurde auch Klaus Schütz während seiner Autofahrt von Berlin nach Posen noch einmal wieder ganz deutlich: Der Landweg zwischen dem Grenzkontrollpunkt Dreilinden und der polnischen Grenzstation bei Frankfurt an der Oder beträgt eine knappe Autostunde. Berlin mit seinen industriellen Möglichkeiten und seiner günstigen geographischen Lage ist für beide Seiten in vielerlei Hinsicht interessant. Immer wieder ist von polnischer Seite zu hören, daß man Chancen der Zusammenarbeit in der industriellen Fertigung zwischen Berlin und den rund 80 Kilometer entfernten Westgebieten Polens sieht. Der Berliner Wirtschaftssenator Dr. Karl König, hatte darüber in Warschau und in Posen erste Gespräche geführt.

Der wirtschaftspolitischen Aufgeschlossenheit steht eine politische Verslossenheit gegenüber. Noch am Montag früh war es ungewiß, ob und

wann Schütz mit dem polnischen Außenminister Jendrychowski und dem stellvertretenden Kultusminister zusammentreffen würde. Als man um 11 Uhr 30 nach einer kurzen Stadtrundfahrt vor einem großen Bürogebäude hielt, war den meisten immer noch nicht klar, daß dies das Gebäude des Außenministeriums sei. Ähnlich ging es mit anderen Begegnungen und Treffen. Auch die polnische Presse trat leise. Nur mit wenigen Zeilen wurde der Besuch zur Kenntnis gegeben. Die polnischen Gastgeber waren wohl gewillt, trotz aller protokollarischer Freundlichkeiten möglichst wenig Aufsehen zu erregen.

Die sorgfältig ausgesuchten Reisebegleiter waren offenbar von ihrer Regierung angewiesen, das Gespräch über die "Große Politik" zu meiden. Wurden sie jedoch im großen Kreis angesprochen, spulten sie kompromißlos die offizielle Partei- und Regierungslinie ab.

Eingeklemmt zwischen den mächtigen und mißtrauischen Nachbarn in Moskau und Ost-Berlin, lassen die polnischen Gesprächspartner nur selten eigene Vorstellungen über Außenpolitik hören. Nur in privaten Gesprächen werden sie lockerer.

Die Politik Willy Brandts hat allerdings bei genauem Hinsehen bereits ihre Wirkung getan. Die Polen wissen und bestreiten es auch nicht, daß keine ernstzunehmende Kraft in der Bundesrepublik die Oder-Neisse-Grenze in Frage stellt. Dennoch konzentriert sich ihr ganzes Interesse darauf, welche Form der vertraglichen Festschreibung der Grenzen man findet.

Tiefer sitzt das Mißtrauen gegen die Deutschen im allgemeinen. Wer Auschwitz gesehen hat, begreift dies erst wirklich. In den Gesichtern der polnischen Schüler, die mit uns durch das Lager gingen, war tiefes Entsetzen zu lesen. Ein Rundgang ersetzt zehn Jahre Propaganda. "Diese Verbrechen dürfen nicht vergessen werden", schrieb Schütz in das Buch der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers.

Auschwitz liegt 70 Kilometer von Krakau entfernt. Krakau ist das Juwel des polnischen Südens. Der Bürgermeister der Stadt empfing Klaus Schütz am Flughafen, wo dieser mit einer Sondermaschine der polnischen Regierung eingetroffen war. Bei einem Essen gab es eine lange Debatte über Kommunalpolitik. Die Probleme von Großstädten gleichen sich. So kam es dann auch sofort zu freundschaftlichen Kontakten in gelockelter Atmosphäre.

Das Treffen mit Außenminister Jendrychowski war der eigentliche politische Höhepunkt des Polenbesuches. Die beiden Politiker trafen als Vertreter ihrer Parteien zusammen. Als enger Vertrauter des SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers war Klaus Schütz ein besonders interessanter Gesprächspartner für die Polen.

Die in Warschau akkreditierten westlichen Journalisten hatten bis zuletzt nicht an das Zustandekommen des Treffens geglaubt. Ost-Berliner Stolperdrähte soll es in vielfacher Form gegeben haben. Jendrychowski, der Klaus Schütz in deutscher Sprache begrüßte, lies keinen Zweifel daran, daß man in der polnischen Führung ein großes Interesse daran hat, ein Gespräch mit der SPD in Gang zu bringen. Man sieht in Warschau in der Rede Gomuikas vom 17. Mai die Möglichkeit für den Beginn eines deutsch-polnischen Dialogs, der einen langfristigen Differenzierungsprozeß bewirken könnte.